

70. Sitzung des Niedersächsischen Landtags
29. April 2010

Rede von Kreszentia Flauger MdL zum Thema:

Extremismus in Niedersachsen - Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP -
Drs. 16/1642 - Antwort der Landesregierung - Drs. 16/2395

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Leuschner hat eben das Thema Islamfeindlichkeit angesprochen. Hier führen wir ja eine Debatte zum Thema Extremismus. Damit erfolgt leider immer eine gewisse Gleichsetzung, aber sei es drum.

Ich möchte von der Internetseite *Politically Incorrect* zitieren. Ich bitte Sie, insbesondere bei dem ersten Satz gut zuzuhören.

„Wie schwer es Politiker etablierter Parteien haben, die sich in der Öffentlichkeit islamkritisch äußern, musste heute einmal mehr der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Irmer erfahren.“

Dann folgen ein paar Zitate von ihm: „Der Islam ist auf Eroberung der Weltherrschaft fixiert“, „Der Zuzug von Muslimen ist eine gefühlte Landnahme“, „Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Muslime“.

Jetzt fragen Sie: Was hat das mit der Debatte hier zu tun hat, und was geht uns das eigentlich an? - Ich will Ihnen sagen, was uns das angeht: Diese Internetseite *Politically Incorrect* hat Kristina Köhler bis ungefähr zu dem Zeitpunkt, als sie zur Familienministerin ernannt wurde, regelmäßig auf ihrer Internetseite verlinkt!

(Helge Limburg [GRÜNE]: Aha!)

Wenn Sie Menschen in Ihrer Partei haben, die solche Dinge unterstützen, dann sollten Sie sich schwer zurückhalten, wenn Sie Vergleiche zwischen verschiedenen Arten ziehen, die Sie alle Extremismus nennen! Mit so etwas wie dem, was Frau Köhler da verlinkt hat und was Sie offensichtlich unterstützen, wollen wir nicht in einen Topf geworfen werden!

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Frau Leuschner, ich gehe davon aus, dass Sie dazu nicht antworten.

Sigrid Leuschner (SPD):

Nein.

[...]

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Oetjen, Sie haben ausgeführt, allen drei Arten von Extremismus sei gemein, dass sie sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung wendeten. Nun fassen Sie nach Ihrem

Verständnis ja auch die Partei DIE LINKE unter den Begriff „Linksextremismus“. Deshalb möchte ich Sie an dieser Stelle fragen: Gegen welches Prinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die Sie ja sicherlich kennen, wendet sich die Linke aktiv? - Damit Sie sich gar nicht erst irgendwie im Wald verlaufen, weise ich Sie darauf hin, dass die Frage der Wirtschaftsordnung nicht konstituierendes Prinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist. Sie werden mir jetzt sicherlich sagen können, gegen welche Prinzipien sich die Linke aktiv wendet.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Kollege Oetjen möchte antworten. Ich erteile ihm das Wort für anderthalb Minuten. Bitte sehr!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident.

- Anderthalb Minuten sind relativ wenig, um auf drei Kurzinterventionen zu antworten. Vielleicht müsste noch einmal darüber nachgedacht werden, ob die Geschäftsordnung in diesem Punkt wirklich sinnvoll ist.

(Heiner Bartling [SPD]: Nein, nein! Das fehlte noch! - Weitere Zurufe)

Dem Kollegen Limburg möchte ich aber ganz deutlich sagen, dass im Zuge des Redezeitenmanagements bestimmte Sachen wegfallen. Sie können sich sicher sein, dass gerade wir als Liberale solche zivilgesellschaftlichen Gruppen sehr unterstützen und auch anerkennen. Weil ich aus dem Landkreis Rotenburg komme und Verden nicht weit weg ist, möchte ich hier darauf hinweisen, dass dort die demokratischen Parteien und gesellschaftliche Gruppen gemeinsam gegen die Einrichtung eines Schulungszentrums auf dem Gelände der Niedersachsen-Kaserne in Dörverden-Barme und gegen den Rechtsextremismus gekämpft haben. Das ist ein Beispiel dafür, wie Extremismus aus der Gesellschaft heraus bekämpft wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade solch einen gesellschaftspolitischen Kampf auf der Basis von Bildung, Wissen, Engagement und Toleranz brauchen wir, um dem Rechtsextremismus zu begegnen. Diesen Kampf kann der Staat aber nicht allein gewinnen. Das ist mir völlig klar.

(Beifall bei der FDP)

Das gibt mir aber Gelegenheit, Frau Kollegin Flauger, auch noch einmal deutlich zu machen, dass es in der Linkspartei natürlich Strömungen gibt - das wissen auch Sie -, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung wenden.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Gegen welches Prinzip?)

Es gibt ein Urteil aus Nordrhein-Westfalen, das ganz klar bestätigt, dass die betreffende Untersuchung in Ordnung ist.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Sagen Sie einmal: Welches Prinzip der freiheitlich-demokratischen Grundordnung?)

Ich nenne hier beispielsweise das Prinzip des Eigentums.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Das steht nicht drin, Herr Oetjen!)

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Das ist einer der Punkte - - -

(Zurufe - Unruhe)

Darf ich?

Vizepräsident Hans-Werner Schwarz:

Herr Oetjen, Sie haben noch das Wort. Bitte schön! Aber kommen Sie zum Schluss!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Also: Das NRW-Urteil hat ganz klar bestätigt, dass es richtig ist, die Linkspartei bzw. Teile dieser Partei zu untersuchen. Von diesem Weg werden wir uns auch von Ihnen nicht abbringen lassen.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie wissen es nicht!
Das war jetzt ja peinlich!)

[...]

Kreszentia Flauger (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir haben hier vorhin über die Frage des Gedenkens an die im Krieg in Afghanistan gefallenen Soldaten debattiert. Ich bin Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Wenn hier versucht wird, den Eindruck zu vermitteln, als lasse es meine Fraktion oder Teile meiner Fraktion an Respekt gegenüber Menschen und am Bedauern über den Tod von Menschen fehlen, die in einem Krieg gestorben sind, dann weise ich dies aufs Schärfste zurück.

(Zuruf von der CDU: Das hat er doch gezeigt!)

Das hat er nicht gezeigt. Ich weise auch zurück, dass wir dies zeigen würden. Herr Humke-Focks wird sich dazu gleich auch noch selbst erklären. Wir als Linke wenden uns gegen Krieg in jeder Form. Wir wenden uns gegen Gewalt in jeder Form. Wir bedauern selbstverständlich, wenn Menschen - ob Soldaten oder Zivilistinnen oder Zivilisten - sterben. Darüber trauern wir genauso, wie auch Sie es tun. Das ist keine Frage. Wir bleiben auch stehen, um dieser Menschen zu gedenken, und zwar geschlossen. Das haben wir getan. Ich weise jede Unterstellung Ihrerseits zurück, wir würden es an diesem Respekt fehlen lassen. Sie müssen begreifen, dass wir gegen Krieg sind. Sie müssen allerdings auch begreifen: Wenn hier im Rahmen einer Totenehrung in Redeteilen politische Erklärungen untergebracht werden, dann verhalten wir uns als Fraktion politisch dazu. Eine Aussage wie „Diese Menschen sind für den Frieden gefallen“ kann ich nicht mittragen; denn unserer Überzeugung nach wird Frieden nicht durch kriegerische Auseinandersetzungen gestiftet. Das sollten Sie meiner Meinung nach respektieren. Sie sollten nicht so tun, als würden wir es an Respekt gegenüber den Toten fehlen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)